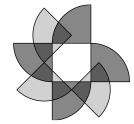


Erklärung der Diözesanversammlung des Bistums Limburg zu ethischen Grundlagen wirtschaftlichen Handelns



Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise ermöglicht eine Umkehr von Fehlentwicklungen im Wirtschaftssystem. Diese Chance darf nicht vertan werden. Es geht nicht nur um unmittelbare Krisenbewältigung, sondern die heutigen Entscheidungen werden die Zeit danach prägen. Für den notwendigen Systemumbau benennen wir als gewählte Vertretung der Katholikinnen und Katholiken des Bistums Limburg folgende maßgebliche Orientierungspunkte:

Wirtschaftliches Handeln muss dem Gemeinwohl dienen und zum Ziel haben, das Leben aller Menschen zu sichern und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie ihre freie Entfaltung zu ermöglichen. Dieser Grundsatz der Christlichen Gesellschaftslehre ist grundlegend für die soziale Marktwirtschaft. Daraus ergibt sich: Wirtschaftliche Entwicklung darf weder in unserer Gesellschaft noch global auf Kosten der Schwachen erfolgen. Die Politik muss die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so gestalten, dass diese Dienstfunktion gewährleistet bleibt und gleichzeitig ausreichende marktwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind.

Kurzfristiges Profitstreben statt nachhaltiger Orientierung am Menschen und an der Schöpfung hat in die Krise geführt und ökonomische Fehlzuordnungen von Ressourcen zur Folge gehabt. Der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft ist nicht einfach eine zusätzliche Last in dieser Krise, sondern vielmehr wesentlicher Teil der Strategie, um aus dieser Krise herauszuwachsen. Bisher wurden Lasten künftigen Generationen, der Umwelt oder anderen Wirtschaftsräumen aufgebürdet. Dies muss ein Ende haben. Der Umbau wird nicht ohne einen Wandel unseres Lebensstils möglich sein.

Auch wenn die Auswirkungen noch nicht genau abzusehen sind, ist jetzt schon zu beobachten, dass die nötigen Maßnahmen zur Rettung des Finanzsystems und zur Stützung der Konjunktur eine Umverteilung in Gang setzen. Härten des Wandels und die zunehmenden Belastungen in Folge der Staatsverschuldung dürfen jedoch nicht zu Lasten der Armen und Schwachen gehen. Im Zusammenhang mit der Forderung nach gerechter Verteilung erinnern wir eindringlich an die im Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Dabei ist besonders in den Blick zu nehmen

- dass der Mensch im Wirtschaftsgeschehen an erster Stelle steht; das heißt, die Erhaltung und Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen ist unabdingbar,
- dass es strengere und nachprüfbarere Regularien für die weltweite Finanzwirtschaft geben muss,
- dass für die Kosten der Rettungsmaßnahmen die Verursacher zur Verantwortung gezogen werden.

Weitere Anstrengungen im Bereich der Bildung und der Gesundheitsfürsorge sind in diesem Zusammenhang wichtige Forderungen. Dies gilt aber auch global. Es ist nicht akzeptabel, dass

derzeit die Industrienationen versuchen, sich protektionistisch abzuschotten, um eine vermeintlich stärkere Position auf Kosten Schwächerer zu erreichen.

Große Umbrüche und Krisen sind extrem konfliktträchtig. Gerade in globalem Maßstab zeigt sich, dass Ressourcenverknappung und soziale Verwerfungen schnell in gewalttätige Auseinandersetzungen münden. Diese führen zu humanitären Katastrophen und verschärfen die Flüchtlingsproblematik überall auf der Welt. Die Schaffung weltweit gerechterer Verhältnisse ist deshalb Friedenspolitik. Darüber hinaus ist Frieden die unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, die ein menschenwürdiges Dasein auch in den armen Staaten der Erde ermöglicht.

Wir, die Katholikinnen und Katholiken im Bistum Limburg, sind uns bewusst, dass in einem globalen Wirtschaftssystem kein Staat alleine einen Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Finanzmärkte aufstellen kann. Umso mehr sind Politiker/innen gefordert, sich international – auf europäischer und globaler Ebene – für gut gestaltete und gerechte Rahmenbedingungen einzusetzen, die eine Überwindung der Krise befördern und für die Zukunft ähnliche Krisen vermeiden helfen.

Gleichzeitig halten wir fest: Ohne eine ethische Orientierung von Verantwortlichen in Real- und Finanzwirtschaft, aber auch von uns als Anleger/inne/n und Verbraucher/inne/n ist ein guter Ordnungsrahmen, der durch die Politik gestaltet wird, kaum wirksam.

Daraus ergibt sich: Wir müssen unser Handeln überprüfen. Gewinnmaximierung darf nicht unser einziges Ziel sein. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Unsere Verpflichtung ist die Schaffung von Grundlagen eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, in dem die kommenden Generationen weltweit menschenwürdig und im Einklang mit der Schöpfung leben können.

Wiesbaden-Naurod, den 16. Mai 2009